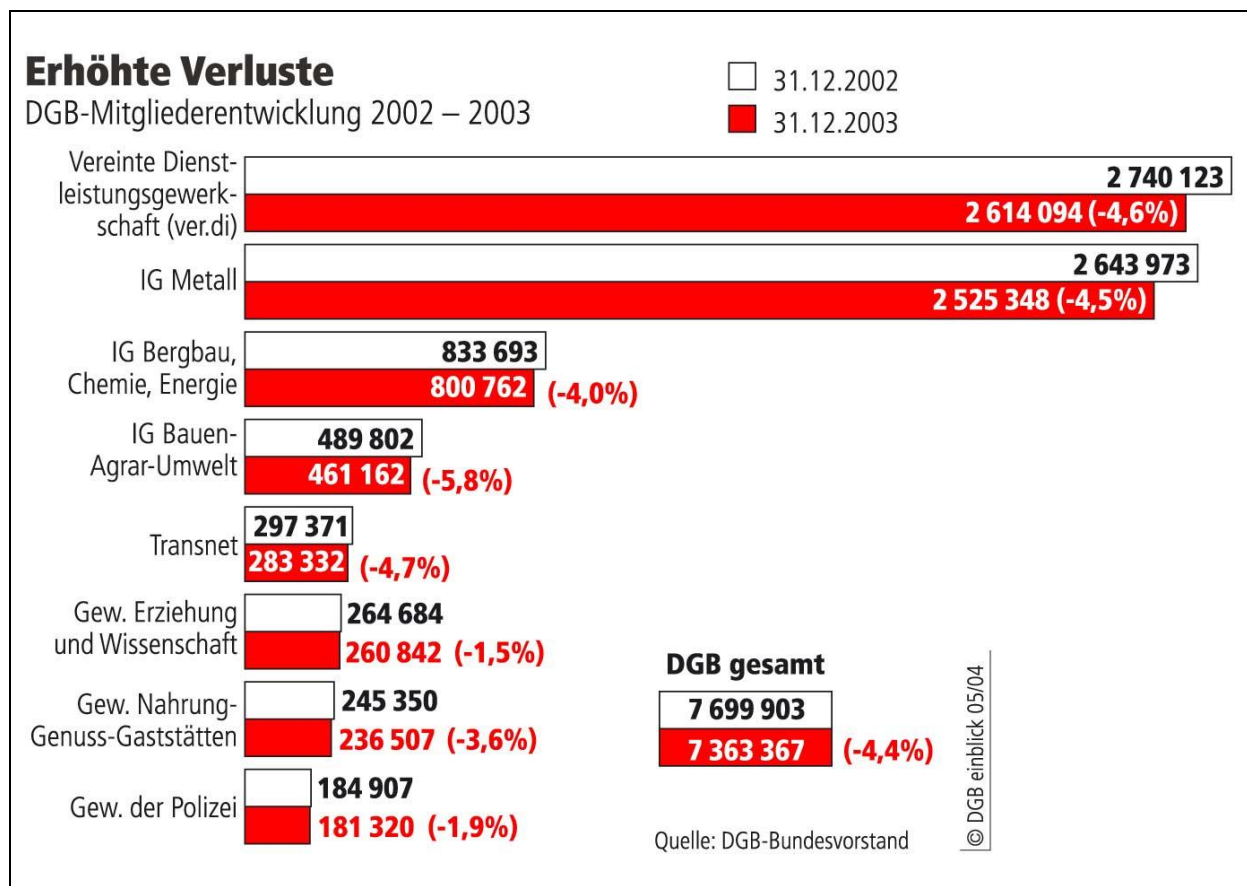


Gewerkschaft ohne Mitglieder?

Über die Schwächen der eigenen Organisation nachzudenken ist einerseits sicherlich schmerzhaft. Andererseits ist es deswegen nötig, weil man sonst blind wird, weil man ansonsten an der Realität vorbei lebt und handelt. Ist es nun außerdem richtig, über die eigenen Schwächen öffentlich und transparent nachzudenken - etwa mit einem Artikel in einem Magazin wie „Zukunft“ - oder tut man das nicht sinnvoller nur hinter verschlossenen Türen, nur bei den eigenen Kollegen, nur in den eigenen Reihen, da man sonst den Beifall von der „falschen“ Seite bekommt? Dieses vorweg: Alle Umfragen der letzten Jahre bezeugen wieder und wieder, dass die Gewerkschaft bei der allgemeinen Bevölkerung an Ansehen und Glaubwürdigkeit verloren hat. Und dieses so ungeheuer sensible Gut Glaubwürdigkeit kann peu à peu nur dann wieder hergestellt werden, ist die Gewerkschaft auch öffentlich zu Selbstkritik fähig.

Zunächst einmal zu nackten und nüchternen Zahlen und Fakten. Wie aus der unten stehenden



Grafik deutlich wird, haben alle Einzelgewerkschaften des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) zwischen 2002 und 2003, also innerhalb nur eines Jahres, 336.536 Mitglieder verloren. Dieser durchschnittliche Mitgliederschwund von 4,4% ist in der Tat drastisch und dramatisch und kann kaum mit dem Hinweis relativiert werden, dass die SPD in den letzten Jahren mehr Mitglieder verloren hat als der DGB. Anders formuliert: 1988 hatte der DGB fast

8 Mio. Mitglieder und in Deutschland gab es gut 27 Mio. Erwerbstätige - im Jahre 2004 hatte der DGB nur noch 7 Mio. Mitglieder und die Zahl der Erwerbstätigen lag bei über 38 Mio. Menschen. Am meisten Mitglieder hatte der DGB 1991, d.h. kurz nach der „Wende“ (11,5 Mio.) - also dem Ende der DDR. Doch danach ging es in einer steilen Kurve bergab. Gemessen am Höchststand 1991 hat der DGB inzwischen 40% seiner Mitglieder verloren. Und die Zeitbombe tickt. Rein rechnerisch kann man sich ausrechnen, wann es keine Gewerkschaft mehr gibt.

Warum ist das so wie es ist?

Der *erste* Grund für den Mitgliederschwund ist völlig unpolitischer Natur. Mit der zunehmenden Überalterung Deutschlands sterben überproportional viele Mitglieder des DGB. Viele Rentner geben ihr Mitgliedsbuch deswegen ab, weil Arbeit nicht mehr im Mittelpunkt ihres Lebens steht. Da die Rentner außerdem einen geringeren Mitgliedsbeitrag als erwerbstätige Mitglieder zahlen, sinkt die Finanz- und Organisationskraft der Gewerkschaft.

Ein *zweiter* Grund für den Mitgliederschwund ist zwar ein politischer, aber ein struktureller Grund. In der seit rund 15 Jahren ansteigenden Auseinanderentwicklung zwischen Arm und Reich hat zwar der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bank Josef Ackermann sein Jahresgehalt von 11,9 Mio. Euro im Jahre 2005 auf 13,2 Mio. Euro im Jahre 2006 um 11% erhöhen können, doch hat in den letzten Jahren parallel dazu die Kaufkraft der allermeisten Arbeitnehmer abgenommen. Anders formuliert: Viele Arbeitnehmer können sich den Gewerkschaftsbeitrag von 1% des mtl. Bruttolohns inzwischen nicht mehr leisten. Steigen die Energiekosten für Strom, Wasser und Gas um 20 bis 30%, so kündigt ein Arbeitnehmer zunächst einmal den Mitgliedsbeitrag für die Gewerkschaften.

Ein *dritter* Grund wiederum ist weniger politischer, aber vor allem struktureller Natur. Guckt man sich den Wandel der Arbeitsverhältnisse an, dann zeigt sich, dass das Normalarbeitsverhältnis (5-Tage-Woche, 8 Stundentag, 40 Erwerbsjahre), das 1980 noch 80% aller Arbeitsverhältnisse betraf, inzwischen die 50%-Marke erreicht hat und dass die „sonstigen“ Arbeitsverhältnisse (Teilzeitbeschäftigte, geringfügig Beschäftigte, befristete Beschäftigte, Leih- und Kurzarbeiter, ABM-Beschäftigte, Heimarbeiter und freiberufliche, in die Selbständigkeit gezwungene, Einzel„Unternehmer“) inzwischen die zweiten 50% aller Arbeitsverhältnisse ausmachen. Diese „sonstigen“ Arbeitsverhältnisse zerstören aber ein industriegesellschaftlich geprägtes Arbeiter- und Gewerkschaftsmilieu.

Ein *vierter* Grund für den Mitgliederschwund auf Seiten der Gewerkschaft ist allgemein-politischer Natur. Was in der Soziologie „Individualisierung in der post-modernen Gesellschaft“ genannt wird, zeigt sich sehr real in der Arbeitswelt. Wo Ende des 19. Jahrhunderts eine Maschinenhalle mit 1.200 Arbeitern besetzt war, wo es lärmte und stank, da sitzt heute der einzelne PC-Spezialist am Heimarbeitsplatz in seinem Einfamilienhaus im Grüngürtel einer Großstadt mit Wirbelsäulenschaden und chronischen Depressionen. Konnte in einer Maschinenhalle die Erfahrung von kollektiver Solidarität der Arbeiter erfahren und gelebt werden, so fördert die heutige Arbeitswelt eine negative Individualisierung und die soziale Isolation vieler Arbeitnehmer. Mit diesem strukturellen Problem kämpfen beileibe nicht nur die Gewerkschaften - auch die Arbeitgeber-, Sport- oder Schrebergartenverbände verlieren Mitglieder, auch sie kommen immer weniger mit der zunehmenden Fragmentierung und Entsolidarisierung in unserer Gesellschaft klar.

Fünftens schließlich hat der Mitgliederschwund bei den Gewerkschaften sehr viel mit dem gegenwärtigen Arbeitsmarkt zu tun. Leider reagieren viele Gewerkschaftsmitglieder auf die

strukturelle Arbeitslosigkeit mit ihren rund 8 Mio. Arbeitslosen - die Zahl ist deswegen so hoch, weil man die verschiedenen Statistikmanipulationen der letzten zwei Dekaden einfach nicht mitmachen sollte - nicht mit revolutionärer Kampfeskraft, sondern mit Anpassung, Apathie und politischer Entmutigung. Das resignative Motto „Da kann man ja doch nichts machen“ hat längst die kämpferische Parole des Rufes „Proletarier aller Länder vereinigt Euch!“ abgelöst. Die hinter dieser Resignation stehende Entpolitisierung der Gewerkschaft ist wiederum nicht vom Himmel gefallen. Sie hat selbstverständlich gesamtgesellschaftliche Ursachen und betrifft viele Sektoren unserer Gesellschaft, nicht nur die Gewerkschaft.

Sechstens gilt es sehr nüchtern festzuhalten, dass gerade die deutschen Gewerkschaften in vielerlei Hinsicht nicht nur wert- sondern auch strukturkonservativ sind. Bis auf den heutigen Tag hat die Gewerkschaftsbewegung die entscheidenden Denkanstöße seit der ökonomisch-ökologischen Debatte im Anschluss an die Denkschrift an den Club of Rome „Die Grenzen des Wachstums“ von 1972 nicht verstanden, geschweige denn verarbeitet. Stattdessen setzt sie nach wie vor auf die traditionelle industrielle Wachstumsideologie und hofft über das Mittel der Verteilungsgerechtigkeit ein paar Bröckchen mehr für die eigenen Mitglieder abzubekommen.

Dementsprechend kennt z. B. die Einzelgewerkschaft Verdi in ihrer Satzung und Organisation als spezielle so genannte Personengruppen nur die Gruppen Jugend, Frauen und Senioren, freilich nicht die Gruppen Migranten und Arbeitslose. Doch diese beiden Gruppen sind sehr markant genau die Gruppen, die als billige Reservearmeen Konjunkturzyklen abpuffern oder bei struktureller Arbeitslosigkeit aus dem Arbeitsmarkt ganz heraus fliegen. Und genau um diese Gruppen müsste sich Gewerkschaft gerade dann aktiv kümmern, wenn das gewohnte quantitative industrielle Wachstum weder länger garantiert noch erst recht gewünscht werden kann. Schärfere formuliert: Bei einer völligen Neudiskussion um den Stellenwert von Arbeit in unserer Gesellschaft müsste die Gewerkschaft genau auf die Menschen zugehen, die von ihr ausgeschlossen sind, also Migranten, Arbeitslose, Nichtsesshafte, Asylanten, Behinderte usw. In diesem Falle würde sich auch die so genannte Arbeiteraristokratie von ihrer realitätsfernen Hierarchie und Institutionalisierung lösen können und dort ankommen, wo tausende von Menschen heute sehr real, oft hilflos und oft völlig alleine stehen: nämlich mitten im sozialen Elend und in der Pauperisierung und Prekarisierung einst reicher Gesellschaften und Länder.

Gerade unter Gewerkschaftskollegen darf man einen *siebten* Grund für den politischen Glaubwürdigkeitsverlust der Gewerkschaftsbewegung kaum öffentlich nennen und zwar die uralte, unerhörte und strukturelle Verfilzung der DGB-Gewerkschaften mit der SPD. Obwohl gewerkschaftsintern jeder Kollege genauestens darüber Bescheid weiß und stundenlange Beförderungsanekdoten darüber erzählen kann, wie der Aufstieg des Kollegen XY in der Gewerkschaftshierarchie an die Parteimitgliedschaft in der SPD gebunden war, spricht „man“ darüber nicht. Hier ist im Interesse des alten Slogans von der Einheitsgewerkschaft und der parteipolitischen Neutralität des DGB und seiner Einzelgewerkschaften und im Interesse einer neuen Glaubwürdigkeit dringend a) eine Distanz zur SPD herzustellen und b) verstärkt Kontakte zu anderen politischen Parteien zu suchen (Grüne, Linkspartei, Arbeitnehmerflügel der CDU). Nur über eine Distanz zur SPD kann die Gewerkschaft wieder eine autonome und glaubwürdige und d. h. auch starke politische Kraft werden!

Einen *achten* Grund für den Mitgliederschwund muss man in zahlreichen - und vor allem - in selbstverschuldeten Finanzskandalen auf Gewerkschaftsseite sehen. Zu erinnern ist hier an folgende Skandale: 1982 illegale Geldschiebereien bei der gewerkschaftseigenen Wohnungsbaugesellschaft Neue Heimat mit anschließendem Verkauf aller Wohnungen zum symbolischen Preis von 1 DM, 1989 Bankrott des gewerkschaftseigenen

Handelsunternehmens Coop AG nach Bilanzfälschungen durch das Vorstandsmitglied Bernd Otto, 1993 spekulative Insidergeschäfte des IG Metall-Vorsitzenden Franz Steinkühler, 2001 problematische Rolle des IG Metall-Vorsitzenden Klaus Zwickel bei finanziellen Abfindungen im Vorstand der Mannesmann-AG und 2001 Bestechung des VW-Betriebsratsvorsitzenden Klaus Volkert von der IG-Metall mit Edel-Prostituierten durch Teile des Managements von VW. Darüber urteilt die Bürger- und Menschenrechtsorganisation „Business Crime Control“ mit Recht: „Diese Skandale haben der Gewerkschaft größeren Schaden zugefügt als alle Unternehmervverbände, Einzelunternehmer und die FDP zusammen es jemals - trotz unablässiger Anstrengungen - jemals vermochten.“ Den hier genannten deutschen Gewerkschaftsskandalen folgte der Österreichische Gewerkschaftsbund (ÖGB) 2006 mit einem Skandal, dessen Ausmaß die gesamte Alpenrepublik erschütterte. Wegen Bilanzfälschungen und geplatzter Devisenspekulationen in der Karibik musste die gewerkschaftseigene Bank BAWAG - bis dahin immerhin die viertgrößte Bank Österreichs! - an den US-Fonds Cerberus Capital Management verkauft werden, da sonst der gesamte ÖGB pleite gewesen wäre.

In einer Medien- und Informationsgesellschaft darf *neuntens* schließlich nicht der Einfluss der Medien auf das Bild der Gewerkschaft vergessen werden. Die Medienberichterstattung über die Gewerkschaften beeinflusst nicht nur die allgemeine Öffentlichkeit sondern auch jedes einzelne Gewerkschaftsmitglied und sein Bild von sich selbst. Guckt man sich das Bild der Gewerkschaften in den Medien an, dann wird recht schnell klar, dass die Gewerkschaften hier in neoliberaler Absicht und unisono sturmreif geschossen werden sollen. So ergab beispielsweise eine Analyse des Bonner Forschungsinstituts MedienTenor von 2003 über das Medienbild der Gewerkschaften zwischen 1999 und 2003, dass diese in den beobachteten vier Jahren immer mehr an TV-Unterstützung und Ansehen verloren hätten, dass es in Medienkommentaren keinen Rückhalt mehr für die IG Metall gegeben habe und dass die inhaltlichen Anliegen der Gewerkschaft medial immer mehr unter gegangen seien. Diese Negativberichterstattung durch die Medien führte dazu, dass nach demoskopischen Umfragen letztlich selbst die meisten Gewerkschaftsmitglieder den inhaltlichen Forderungen ihrer eigenen Gewerkschaftsspitze ihre Zustimmung versagten. So entstehen in sich geschlossene negative Kommunikationskreisläufe - die sich selbst verstärkende Eigendynamik einer sich immer schneller drehenden Spirale negativer Bilder trennt die Gewerkschaftsbasis von ihrer Führung. Und geradezu meisterhaft und mit sehr viel Geld aus der Industrie hat dieses Medien„spiel“ in den letzten Jahren die so genannte „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ (INSM) „gespielt“ (vgl. www.gesteuerte-demokratie.de).

Und genau der Journalistensport „Gewerkschaftsschelte“ führt dann zu einem letzten und *zehnten* Punkt, warum die Gewerkschaft in einer allgemeinen Krise ist, warum Gewerkschafter massenweise aus ihrer eigenen Interessensorganisation austreten. Dazu ist eine Doppelantwort mit zwei Teilantworten nötig. Zum einen lässt sich festhalten, dass sich die deutsche Gewerkschaftsbewegung und die deutsche Sozialdemokratie nun seit vielen Jahren nach den vorgegebenen Bedingungen gestreckt haben. Immer mehr haben sich beide sozialen Kräfte auf eine technokratische Ökonomisierung von Politik eingelassen, waren in ihrem vorweg genommenen inneren „Gehorsam“ so sehr willige Wegbereiter eines sich globalisierenden neoliberalen Marktradikalismus, dass sie sich selbst überflüssig gemacht haben. Ad fontes: Eine Rückkehr zu den radikalen Ursprüngen oppositioneller Arbeit könnte der Gewerkschaft möglicherweise auch heute neuen Zulauf bringen. Das ist die eine Teilantwort. Zum anderen könnte es aber auch sein, dass der globalisierte neoliberale Krisenkapitalismus einen gewerkschaftlich getragenen Reformismus gar nicht mehr zulässt, nie mehr zulassen wird. Und dann kann es gar keine Funktion für so etwas wie eine Gewerkschaft geben und dann wäre es mehr als sinnvoll, aus ihr auszutreten.

Daraus kann freilich nicht gefolgert werden, man müsse sich resignativ mit dem gegenwärtigen Turbokapitalismus abfinden. „Já basta!“ So nicht mehr, so ging es nie, so kann es nicht gehen, es geht nur anders. Wir müssen die Welt verändern, ohne die Macht zu erobern. So ruft es uns seit vielen Jahren von den Weltsozialforen aus Porto Alegre und anderen Orten der Dritten Welt zu. Menschen und Gruppen wachen auf, nehmen - wie die Argentinier vor ein paar Jahren - ihr Schicksal selbst in die Hand und sagen ihrer gesamten politischen Klasse „Vayan todos“ (Haut alle ab!), statt rechter Demagogie zu erliegen. Und bei den Landlosen in Brasilien ist gerade das Fass übergelaufen. Jetzt greifen sie ihren Präsidenten Luiz Inácio Lula da Silva öffentlich an, denn dessen Regierung schickt sich mit der unkontrollierten Gewalt in vielen Stadtteilen von Rio de Janeiro an, in die innere Dekomposition einzutreten.

Quelle: Zukunft. Monatliche Zeitschrift für Politik, Gesellschaft und Kultur (Offenbach), Nr. 11/2007, S. 14-19.